

Volksblatt

Nummer 230

Dienstag, den 23. August

Jahrgang 1927

Tsingtau von heute.

Vom deutschen Kriegsschiff zum chinesischen Industriehafen.

Von
Citel Kaper.

Welt, unendlich räumlich getrennt von uns liegt noch immer Tsingtau, das in der Weltgeschichte eine der interessantesten Rollen gespielt hat. Vom verarmten, verdorrten Fischerdorf wird es zum Vorort des fernen Ostens — durch deutsche Arbeit. Aus der Wälder des chinesischen Reiches, einer Gegend, wo Kasse und Maus sich bei alten, zertrümmerten Tempeln an einer gleichgültigen Bucht gute Nacht sagen, aus diesem unglückseligen Fleckchen, das von den chinesischen Hindernissen mit ihren kläglichsten Lehmhütten besetzt ist, da wird über Nacht das „Ostende“ oder „Scheitende“ des fernen Ostens. Die Schiffe der chinesischen Flotte besuchen die deutsche Hochschule. Unterhalb der grünen, mit jungen deutschen Forsten besetzten Hügel finden internationale Rennen statt. Auf der langen Mole liegt die deutsche Marineverft. Die Reichspostdampfer folgen einander. Deutsche Marineinfanterie hält im Laufgangebergstod Übungen ab. So 1914.

Es folgen die Tage heftigen Ringens, dem auch der größte Feind Deutschlands nicht seine Hochachtung verweigern kann. Das Ende ist da. Blüchters sogenannter Krieger liegt irgendwo zerstückt auf einer chinesischen Wiese. Die letzten Forts sind von der japanischen und britischen Marineartillerie zerpflegt. Auf engen Transportern verschwinden die gefangenen deutschen Verteidiger unter Wehr-Walbed nach Japan. In der Ferne verschwindet das deutsche Tsingtau. Was wird daraus? fragt man sich. Vier schwere Jahre voller Krieg und die darauf folgende Notzeit lassen bei vielen auch diese Frage für immer begraben werden. Das alles erscheint doch zwecklos neben dem, was an der Ruhr und dem Rhein von der Bevölkerung gelitten werden muß. Welche Bedeutung hat es neben dem Kampf der Deutschen in Ober-Schlesien und Südtirol?

Nach dem Krieg hat man verschiedene Väter nach Tsingtau unternehmen. Der Erfolg war gering, mußte es sein. Tsingtau, rund gesprochen Schantung war ein Gebiet, dessen Schicksal noch nicht entschieden war. Erst die Washington-Beratungen gaben das Schlusswort dazu. Tsingtau wurde wieder chinesisch. Jährlich mußte der Japaner sich zur Herausgabe des „glänzenden Brodens“ verpflichten, um den er ja recht eigentlich in den Krieg gezogen war. Erst die letzten beiden Jahre haben Tsingtau voll zu dem werden lassen, was es nun in Zukunft wohl immer bleiben wird, einem fernöstlichen Duisburg, das zugleich auch in einer erheblichen Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte einen doppelten Rückschlag erhält.

Lange ist der deutsche Dampfer unterwegs, der auf der Rückfahrt wieder regelmäßig Tsingtau ansteuert. Der Leuten, die meistens lange vor dem Krieg schon einmal in den Musterhafen geschaut haben, ist eigen zu Mut. So, als sähen sie eine alte, liebe Erinnerung nun lebhaftig wieder. Denn es ist wahr, man spricht in China wieder von Tsingtau! Der Chinese ist noch immer der ausgezeichnete Rechner. Er weiß, welche Bedeutung der früher deutsche Hafen in einem feindlichen China haben wird, das wesentlich auf die Einfuhr verzichtet will und kann. Es ist richtig, daß China niemals ein reiner Industrieland wird, nicht einmal ein überwiegender. Dennoch sieht es sehr — und jeder, der das neue Tsingtau und Schantung sah, wird das bestätigen —, daß die Industrie im Reich der Mitte in den nächsten Jahren einen gewaltigen Aufschwung nehmen wird, von der mannschurischen Bahn hoch im Norden bis zu den Eisenwerken von Kanton und Kanton. Für das industrielle China aber ist Tsingtau ein Haupttrumpf.

Der Hafen steht auch heute noch verwahrlost aus. Die Einfahrt ist ziemlich verlandet. Die Vaggen deutschen Formats fehlen. Da ist die Marineverft von einst, prächtig gelegen, so hoffnungsvoll 1914! Aber wie sieht sie aus. Die Chinesen werden nicht damit fertig. Eine Werft kann das so leicht nicht wieder werden. Carlshafische Beobachter stellen die Gefährlichkeit der Chinesen gegen alle Fenster fest. Niemandes sieht noch eine Schelde in den eisernen Rahmen. Niemandes rührt sich etwas. Es ist besonders für Deutsche gewiß nicht schön, daß Tsingtau sein größtes Sorgenkind so öffentlich präsentiert. Im Hafen liegen mehrere kleinere Dampfer. Die Wacht haben riesige, dunkel gefaltene japanische Perlschiffe mit der Chrysanthemenflagge am Heck. Ein Kanonenboot führt Chinas abenteuerliches Banner. Jedoch, ein Fortschritt ist festzustellen: vor dem Kriege hätte es solche abgetriebenen Kanonenboote nicht gegeben. Sie treten auch recht selbstbewußt auf. Denn Tsingtau ist heute chinesisch im wahren Sinne des Wortes. So groß die japanischen Bemühungen sind, diesen Hafen immer noch als Stützpunkt des Inselreiches anzusehen, so werden sie sich im Ernstfall doch heute schon davor hüten, die Chinesen Schan-

Ein Stich ins Wespennest.

Der deutsch-belgische Untersuchungsausschuß.

○ Berlin, 22. August. Die belgischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Entscheidung des kürzlich beschlossenen deutsch-belgischen Untersuchungsausschusses in der Frage der Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges. Die Zeitung „Soir“ wünscht, daß dieser Ausschuß durch den Völkerverbund eingestuft werde. Zur Zeit finden zwischen Deutschland und Belgien diplomatische Besprechungen hinsichtlich der Frage der Einsetzung dieses Ausschusses statt.

Ein naiver Gegenvorschlag.

▲ Brüssel, 22. August. Zu dem Plan einer Enquete zur Untersuchung des Frankfurter Krieges in Belgien schreibt das liberale Blatt, die „Independance belge“, das bereitwillige Angebot Vandevelde sei ein Fehler, aus dem Deutschland Vorteile ziehen werde, um die Revision des Versailler Vertrages zu erreichen. Das Blatt macht den Vorschlag, daß vor der Bildung der Untersuchungskommission durch den Völkerverbund die „Kriegsschuldigen“ ausgeliefert werden sollten. Wenn die Enquete für Belgien ungünstig ausfalle, sollten diese Personen wieder freigesetzt werden, im anderen Falle sollten sie durch belgische Gerichte abgeurteilt werden (!). Das Blatt macht weiter Vandevelde wegen seines Vorschlages in belgischen Ausdrücken bittere Vorwürfe. Das nationalistische Blatt „L'Espresso“ erklärt, Deutschland habe die Karten durcheinanderzuwerfen. Eine Untersuchungskommission werde nur in sich widersprechenden Dokumenten gipfeln, die der internationalen Meinung nicht gerecht würden. Das Spiel werde dann gleichzeitig mit dem Versailler Vertrag zu Ende gespielt werden.

Die Erregung der belgischen und französischen Presse.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ Berlin, 22. August. (Ed. Dr. Dr.) Das Versailler Friedensabkommen baut sich bekanntlich auf Deutschlands angeblicher Schuld am Kriege auf. Alle Bestimmungen des Vertrages, der uns in größter politischer Ohnmacht aufgebunden wurde, stützen sich auf die sogenannte Schuldthese, und die gesamten Kriegsverurteilungen, denen Deutschland bis auf einige minimale Kleinigkeiten aus gewissenhaftester Nachkommenheit, bezwecken nichts anderes, als das deutsche Volk dazu zu bewegen, sich künftig nochmals in eine solche „Schuld“ zu verwickeln! Der Obermut der Siegermächte kennzeichnet bei der Festsetzung der „Friedens“-Kritik eben seine Grenzen. Diese Gesinnung spürt man zur Zeit wieder einmal handgreiflich.

Die Pariser und Brüsseler Presse ist nämlich furchtbar aufgebracht, weil zwischen Belgien und Deutschland Verhandlungen über die Einsetzung einer Kommission schweben, deren Aufgabe die Untersuchung der belgischen Freischärlerfrage sein soll. Da der Vorschlag von dem belgischen Außenminister dem deutschen Außenministerium unterbreitet wurde, so lassen natürlich die belgischen Presseorgane ihre erste Lust an Vandevelde aus.

So meint z. B. die „Independance belge“, der Vorschlag einer Untersuchungskommission über den Völkervertrag sei von Vandevelde gemacht worden, ohne das Kabinett zu befragen; er sei also noch nicht endgültig. Im „L'Espresso“ wird dem belgischen Außenminister Deutschfreundlichkeit zum Vorwurf gemacht und die „Nation belge“ vertritt die Auffassung, die belgische Regierung hätte besser getan, das Angebot nicht zu machen; viele Zeugen lebten nicht mehr und die Erinnerungen seien weniger genau. Wenn das deutsche Reich so leicht auf den Vor-

schlags, diesen jähigen Stamm, herauszufordern. Sie haben aus dem ungeheuren Tumult gelernt, als es hieß, die japanische Flotte würde ein großes Schicksal an der Tsingtaufüste landen. Da brach der impulsive Haß der Chinesen hervor. Hatte nicht so oft schon der Japaner, der bei jeder Gelegenheit die Stammesverwandtschaft so herausstreich, mit den Westmächten gegen China Front gemacht? Das gab auch dem japanischen Ministerpräsidenten Tanaka, der an sich zu den Aktivisten gegenüber China rechnete, zu denken. Mehr als einen Schutz ihrer Kolonie in Tsingtau können auch die Japaner nicht wagen.

Ein optimistisches Bild! Der Handelskai ist dicht besetzt. Die Einfuhr von Erdnüssen, geschlagenen Eiern, die als Konditoreiwaren nach Europa gehen, und Kohle, ist recht reg. In den letzten Jahren ist sie gewaltig gestiegen. In zwei, drei Jahren wird sie Tsingtau mit sich fortgerissen haben, dann sind eben auch Dinge, wie die Marineverft aus Trümmern erblüht. Heber erwarten groß ist die Anzahl der chinesischen Küstenfahrzeuge, die Tsingtau anlaufen und durch ihre Massen recht imponierende Warenmengen verfrachten. Unermüßlich kreuzen sie von einem Hafen zum andern. Die konteraktive Schiffe ist noch immer nicht ausgestorben, wenn sie auch viele moderne

schiffe eingegangen sei, so sei das nur darum geschehen, weil es davon einen Vorteil erhoffte. Im Grunde aber sei das Angebot der belgischen Regierung ein „übertriebenes Opfer“ an den Geist von Locarno. Die Sache sei ja längst geklärt und abgeurteilt. Also jede Verletzung irgendwo eine Falle Deutschlands dahinter. Für den „Soir“ stellen sich die Dinge höchst einfach dar. Dieses nationalistische Organ erklärt nämlich kurz und bündig, die Untersuchung müsse vor allem dazu dienen, dem deutschen Volk die Augen darüber zu öffnen, welche Verbrechen die kaiserliche Armee in Belgien begangen habe. Nur ein offenes Eingeständnis und ein einmütiger Ausdruck der Reue seitens Deutschlands könnten diese Verbrechen bei den kommenden belgischen Generationen vergessen machen.

Die französischen rechtsgerichteten Zeitungen wollen selbstverständlich ihren Brüsseler Kollegen an Schwarzmalerei nicht nachsehen. Diese Blätter versichern zwar, daß Frankreich das Ergebnis derartiger Untersuchungen nicht zu fürchten habe, aber die Beunruhigung, die durch diese Möglichkeit hervorgerufen wird, ist in Wirklichkeit so groß, daß man sich in Paris bemüht, Vandevelde im Gegensatz zu den übrigen Ministern zu bringen. So ruft beispielsweise das „Journal des Debats“ nach einem gemeinsamen Vorgehen der alliierten Regierungen. Vandevelde habe die deutsche Behauptung durch die Neben von Lunévill und Orsies zurückgewiesen. Vandevelde habe eine andere Haltung eingeschlagen, und es sei fraglich, ob er damit seinen Fehler begangen habe. Auf diesem Gebiet seien alle alliierten Regierungen solidarisch und müßten es vermeiden, getrennt zu handeln. Wenn die eine oder andere von ihnen glaube, schon jetzt Untersuchungen über diese oder jene Frage betreffend die Ursachen oder Führung des Krieges vorschlagen zu müssen, so hätte sie sich vorher mit den übrigen Kabinetten verständigen sollen. Da Vandevelde geglaubt habe, den von ihm eingeschlagenen Weg betreten zu müssen, so sei es notwendig, daß die Regierungen von Paris und Brüssel und möglicherweise auch von London die Frage prüfen. Es handle sich um ein Problem, das alle in diesem Maße interessiere. Der „Temps“ glaubt versichern zu können, daß die Gesamtheit des belgischen Kabinetts mit voller Bewußtheit ihrer Verantwortung über die Bedingungen zu entscheiden haben werde, unter welchen eine derartige Kommission eingesetzt werden könnte. Im übrigen ist das Blatt davon überzeugt, daß es sich hier abermals um ein deutsches Manöver handle, über welches man sich in Belgien offenbar der Illusion hingabe, daß es dem Frieden dienen werde, während es in Wirklichkeit nur dazu führen könnte, die Verführung der Völker zu verhindern. Aus Achtung vor Belgien müsse man das Vorhaben zum Scheitern bringen.

Diese Äußerungen der Brüsseler und Pariser Organe dürften volllaut genügen, um mit unerbittlicher Deutlichkeit der ganzen Welt klar zu machen, daß man auf gewisser Seite von der Erforschung der Wahrheit absolut nichts wissen will. Da Vandevelde die Einsetzung einer Untersuchungskommission angeregt hat, wird an der Konstituierung eines solchen Gremiums nicht zu zweifeln sein. Die Angelegenheit befindet sich noch im vorbereitenden Stadium, d. h. die Wahl der in Frage stehenden Kommission ist augenblicklich Gegenstand diplomatischer Besprechungen zwischen Brüssel und Berlin. Weshalb der Völkerverbund sich mit der Auswahl der Delegierten befassen soll, ist völlig unverständlich. Es handelt sich um ein Problem, das vorläufig nur Deutschland und Belgien angeht. Die Hinweise auf die Mitwirkung des Völkerverbundes haben unseres Erachtens keinen anderen Zweck, als die geplante Untersuchung zunächst auf die lange Bank zu schieben, um sie dann völlig im Orkus verschwinden zu lassen. Soweit kann und darf es jedoch auf keinen Fall kommen.

Europäische und japanische Neuerungen übernommen. Die dieser Kleinverehr, der doch so gigantische Ausmaße in der Jahresbilanz erreicht, wird immer ein Sondergut der chinesischen geklärten Küste sein, die über ungenügende Häfen und Flugmündungen verfügt. Wer wie Tsingtau von ihm hervorragend berührt wird, ist sicher ein zukunftsreicher Hafen.

Schon vor dem Kriege gab es reiche Chinesen, die sich nach der schönen Stadt am Küstehafen hingezogen fühlten und große, in sich abgeschlossene Häuserkomplexe im alten chinesischen Stil bewohnten. Diese Bewohnerschaft ist heute hier wie an vielen Plätzen des fernen Ostens, besonders in gelblicher Hinsicht tonangebend. Die Tsingtauer Hochschule arbeitet wieder. Auch dem Schulwesen widmet man nach den Jahren größter Verwahrlosung hervorragende Aufmerksamkeit. Noch ist das Schicksal des wichtigen Schantunggebietes zwischen den beiden in China kämpfenden Armeen noch nicht entschieden. Man ist sich aber schon heute darüber klar, daß jede Partei, die Tsingtau besitzt, erheblich zu seinem Ausbau beitragen wird. Chinesische Kaufleute tragen sich auch mit dem bemerkenswerten Plan, den von den Deutschen im Laufgangebürg und am Küstehafen angelegten Badebetrieb wieder aufzunehmen. So wird in absehbarer

Zeit die herrliche Bergwelt der Halbinsel eine Art chinesisches Kalifornien werden, wohnin die nordchinesischen Reichen alljährlich zur Erholung fahren. Für kaum eine Stadt hat das neugeplante System des Bahnausbaus im Schantunggebiet so große Bedeutung, wie gerade für Tsingtau. Vielleicht daß wir in wenigen Jahren schon den fahiblen Kurbetrieb von Tsingtau mit seinen chinesischen Eigenarten studieren können, wie wir uns heute über die Ausmaße der Bäder in Florida, New Jersey und Kalifornien wundern.

Vor dem Kriege war das riesige, deutsche Lazarett berühmt in Ostasien. Der Betrieb wurde nach langen erfolglosen Versuchen jetzt endlich wieder voll aufgenommen. Wenn Krankenhäuser durch schöne Umgebung gewinnen können, so ist das hier der Fall. Überall versuchen ja die sonst auf dem Gebiet der Forstwirtschaft nicht begabten Chinesen, den deutschen Waldbestand vor dem Untergang zu schützen. Der Bandalismus weicht der Ordnung. Die deutschen Kaserne sind, soweit sie, oft stark beschädigt, noch stehen, in den Händen der Schantungarmee, die unter dem Oberkommando des belgischen Marschalls Schantungschung steht. Die Fenster sind auch hier durch gräßliche Mauerlöcher mit losen Steinmörtel ersetzt. Man befindet sich hier oben im Krieg und wird an einen Aufbau erst denken können, wenn die Entscheidungsschlacht zwischen Süden und Norden geschlagen ist. Oft genug läubigen sich auch in Tsingtau die Kämpfe an. Verwundete treffen ein. Truppenkontingente gehen an die Front ab. Man wartet noch. Inzwischen geht Handel und Arbeit weiter. Tsingtau hat seinen Einwohnernstand von vor dem Krieg wohl jetzt schon wieder überschritten. 250 Deutsche sind beim Konsulat eingetragen und haben zum großen Teil ihre alten Geschäfte wieder inne. Der fließende Haß der Chinesen gegen die Engländer, Japaner usw. läßt ihn immer mehr zum Freund des christlichen deutschen Kaufmanns werden. Aber auch die Chinesen sind gemüht, sich durchzusetzen. Auf den Bergen werden die früheren deutschen Forts neu aufgebaut. Kein Ausländer darf sie mehr besichtigen. So können sich sogar die Japaner nicht mehr von ihrer einstigen Mächtigkeiten — Triumph — überzeugen.

Der ewigfrische blaue Himmel liegt mal wieder über der Bucht. Lieber das Wasser wird das Lärmen der Labwinden und der Küllis getragen. In den Straßen des neuen Tsingtau wird gebaut. Die Stadt redt sich. Man weiß ja, daß in der alten chinesischen Geschichte Kaufmann und Schantung von jeher eine große Rolle gespielt haben. Die Deutschen haben die Bucht wieder zum Leben erweckt. Die Chinesen werden nun mit ihnen zusammen weiterbauen. Den deutschen Handel haben die andern, die Neidischen, nur zeitweilig verdrängen können. Er steht schon wieder in der Front und hilft mit, daß aus Tsingtau etwas Großes werde!

So find denn alle die Deutschen, die jetzt Tsingtau mit den Hapag- und Lloydsschiffen wieder verlassen, voller Hoffnung. Chinesischer Fleiß hat manchen schwühenden Kuli zum Schanghaier Millionär werden lassen. Der gleiche Geist arbeitet auch an der Zukunft des schönen Tsingtau.

Das Milchgesetz.

— Berlin, 22. Aug. Reichslandwirtschaftsminister Schiele hat die Begründung der Zolltarifnovelle Anfang Juli 1927 im Reichstage angekündigt, daß er mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen in Verhandlungen darüber eintreten werde, was zur Hebung der deutschen Milchwirtschaft getan werden könne. In Verfolg dieser Ankündigung hat er fobden ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

Infolge der außerordentlich hohen Einfuhr an Molkereierzeugnissen aus dem Ausland ist vielfach eine ausgesprochene Misfakrisis für deutsche Molkereierzeugnisse, insbesondere für Käse hervorgerufen worden. Da die Milchviehhaltung vorwiegend in den Händen der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe ist, so bedeutet diese Entwicklung eine starke Gefährdung der bäuerlichen Existenz. Gleichzeitig stellen die hohen Einfuhren von Molkereierzeugnissen eine nicht mehr tragbare Belastung der deutschen Handelsbilanz dar. Infolge von handelsvertraglichen Bindungen kommen zur Zeit zur Befriedigung dieser Unmstände zollpolitische Maßnahmen nicht in Betracht. Umso mehr sollten wir die Mittel ergreifen, die aus eigener Kraft eine Besserung herbeizuführen vermögen. Hier stellt in erster Linie die Standardisierung der sonstigen Bedingungen der hierzu berufenen Stellen nach Kräften gefördert werden. Dazu sollte die Qualität der gewonnenen Milch und der Molkereierzeugnisse allgemein gehoben werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Rationalisierung der Molkereibetriebe zu richten sein. Soweit die Herstellung von Standardwaren und die Erreichung der sonstigen Ziele davon abhängig ist, daß die modernen technischen Einrichtungen für die Milchgewinnung, den Milchtransport und die Milchverarbeitung ergänzt oder neu beschafft werden, ist die Reichsregierung entschlossen, sich für eine Verteilung der erforderlichen Mittel im Kreditwege einzusetzen.

Die Landesregierungen sind daher aufgefordert worden, anzugeben, welche Kreditbeträge für ihr Staatsgebiet voraussichtlich erforderlich sein werden, und ob eine Verbilligung des Zinsfußes dieser Kredite geboten erscheint.

Der Kongress der völkischen Minderheiten.

Von unserer Berliner Redaktion.

22. August (Draht).

In Genf hat sich bereits der Vorhang über dem dritten europäischen Nationalitäten-Kongress gehoben, der die Wortführer der völkischen Minderheiten wieder zur Beratung wichtiger Fragen zusammengeführt hat. Es sind dabei über 30 Millionen vertreten, die aus ihrem Stammland ausgewandert sind und als Unterthanen eines wesenfremden Volkes leben müssen. Unter den genannten 30 Millionen befinden sich ungefähr 11 Millionen, die deutschen Blutes sind. Schon allein dieses Zahlenverhältnis macht es erklärlich, daß der sogenannte europäische Nationalitätenkongress unser erhöhtes Interesse zu beanspruchen geeignet ist. Auf den ersten Blick muß es zwar absonderlich erscheinen, daß sich die Minderheitsgruppen überhaupt zu einem so seltsam anmutenden Zusammenschluß gezwungen haben, denn an und für sich sollte der Völkerverbund das berufenste Forum für die Durchführung der berechtigten Forderungen der völkischen Minoritäten darstellen. Aber wer sich erinnert, wie wenig sich der Völkerverbund in seinen maßgebenden Vertretern von der Hypothese freigemacht hat, gewissermaßen eine Exekutivorganisation der Siegerstaaten darzustellen, ist nicht überrascht, daß die völkischen Minderheiten sich zur Selbsthilfe genötigt gesehen haben. Eine Abwendung dieser bedauerlichen Situation ist wohl erst zu erwarten, wenn die Völkerverbände sich wohl oder übel ernstlich mit dem Minderheitsproblem befassen müssen. Dann werden sich auch die Gefahren zu zeigen haben. Auf die Dauer wird sich der Völkerverbund nämlich an der gründlichen Förderung dieses brennenden Problems nicht vorbeizudrücken vermögen, da die unbefriedigende Stellung zahlreicher völkischer Minderheiten eine ernsthafte Bedrohung der ruhigen politischen Entwicklung bildet. Nicht umsonst dürfte darum auch das Sekretariat über die „Gefährdung des europäischen Friedens durch nationale Unzufriedenheit“ die diesmalige Tagung besonders charakterisieren und ein lebhaftes Echo wecken, gegen welches sich die verantwortlichen Staatsmänner schließlich vergeblich die Ohren zu verstopfen bemüht werden. Sehr treffend schreibt in diesem Zusammenhang die „Tägliche Rundschau“:

„Die in aller Geschichte beispiellose Behandlung, welche die italienische Regierung trotz des verpländerten Königsworts einer friedlichen und an Gerechtigkeit gewöhnten Bevölkerung in Südtirol angedeihen läßt, ferner das unwürdige Verhalten des kaiserlichen Reiches in Österreich, der unter schwebender Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung und im Widerspruch zu allen Verträgen und Abmachungen die deutsche Bevölkerung bis auf den Grund der Erde aus dem Reich zu vertreiben, dann aber auch der schwere Druck, unter welchem das Saarregiment die deutsche Bevölkerung schmachtet, das sind einige der Gegenstände, mit denen sich der Nationalitätenkongress befassen könnte. Eine Vereinigung, die ihre großen Interessen vertritt und die Millionen von Leidenden hinter sich hat, wird allgemein gehört werden, auch in den Kabinetten, die bisher ihre Türen gegen jede Hilfe und jede Verbesserung unterdrückter Bevölkerungen verschlossen haben. Es handelt sich darum, die öffentliche Meinung der Welt über diese so wichtigen Probleme aufzuklären und auf diesem Wege in das Ohr derer zu bringen, welche die Schuld tragen an den traurigen Vorgängen, unter welchen Millionen Unzufriedener fortleben und seufzen.“

Strengere Herren regieren nicht lange! Dieses Wort gilt auch von der Politik. Darum muß und wird auch die Zeit kommen, wo die Gerechtigkeit höhnsprechenden Friedensbitteln, die in Wirklichkeit nur als Unfriedensverträge anzusehen sind, einer gründlichen Revision zu unterziehen sein werden. Das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wird sich eines Tages doch noch gegen den Willen derer, welche diese Parole nur zu betrügerischen Zwecken in die Welt setzen, erfolgreich durchsetzen müssen, wenn nicht Europa in ein neues Chaos verwandelt werden soll.

Die erste Sitzung.

Genf, 22. August. Der dritte europäische Nationalitätenkongress, zu dem Minderheitsgruppen aus Deutschland, Polen, Ungarn, Spanien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Dänemark, Rumänien, Bulgarien, Lettland, Estland, Litauen, Österreich, sowie die jüdische Minderheitsgruppe erschienen sind, wurde heute nachmittags auf einer Ansprache des slowenischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. Wilfan, eröffnet. Wilfan bricht in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Ansprache die Hoffnung aus, daß der Kongress zu positiven Ergebnissen führen möge. Er stellt jedoch fest, daß aus verfassungsmäßigen Gründen die Aufnahme neuer Gruppen nicht habe erfolgen können, so zum Beispiel der Ukrainer und Weißrussen in Polen, der Magyaren in Jugoslawien und Griechenlands u. a. m. Der Mangel einer konstitutionellen Verfassung werde die Schwächen vertiefen, wie auch die noch fehlende Kompetenzverteilung innerhalb des Kongresses. Diesen Mängeln soll durch Schaffung von Ständigen Ausschüssen entgegengetreten werden. In seinen weiteren Ausführungen betonte er, daß die Erfolge der Minderheitenbewegung in den europäischen Ländern bisher äußerst gering seien. Trotzdem gelte das Minderheitenproblem wachsend an Bedeutung und werde immer mehr als eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung des Friedens anerkannt. Nur die endgültige Lösung dieses zentralen europäischen Problems würde die Friedenspolitik Europas sichern. Der hauptsächlichste Programmpunkt des gegenwärtigen Kongresses sei daher die nationale Unzufriedenheit, die den Frieden Europas bedrohe.

Als Erster sprach hiernach der deutsche Abgeordnete im italienischen Parlament, Dr. Paul Schiermann, der darauf hinwies, daß die Minderheitenbewegung mit aller Entschiedenheit dafür eintrete, daß der nationale Gegensatz auf den Gebieten vertrieben werde, in denen die Zusammenarbeit der Minderheiten nicht mit einem Minoritätenstatus als einer internationalen karitativen Maßnahme begnügen, sondern müsse auch ein Minoritätenrecht verlangen, welches die Verwaltung national-kultureller Belange in die Hände der Minoritäten lege. Es gebe keine deutsche nationale Gruppe, die den veralteten Grundgedanken erhalte, daß es Nationalitäten gebe, die erhalten werden müßten und folge, denen ein Recht auf Fortentwicklung nicht zugesprochen werden könne. Der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller Nationalitäten werde rückwärts und ohne jede Beschränkung von den deutschen Minderheiten anerkannt. Der Staat sei verpflichtet, für die Zwecke der Kulturautonomie die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Gedanken der Volksgemeinschaft zu pflegen und weiter auszubauen, sei eine Aufgabe, die sich auch die deutschen nationalen Gruppen gestellt hätten. Es dürfe erwartet werden, daß die Bindungen, die durch die Welt der Minoritäten entstehen, nicht nur eine Liquidation der nationalen, sondern gleichzeitig auch eine erhebliche Herabsetzung der innerstaatlichen Gegensätze erzielen könnten.

Die Verminderung der Rheinlandtruppen.

Was Frankreich zugestehen will.

Paris, 22. August. Der Außenminister des „Echo de Paris“ glaubt berichten zu können, daß Frankreich bereit sei, die noch bestehenden Abteilungen des 33. Korps sowie die 41. Infanteriedivision, die sehr schwach besetzt seien, abzugeben. Da aber die Auflösung dieser 41. Division die französischen Effektivebestände unter das Minimum von 50000 Mann, das Frankreich behalten wolle, herunterdrücken würde, würden gewisse Bestandteile dieser Division den vier Infanteriedivisionen zugeteilt werden, die an den Brückenköpfen verbleiben. Den Engländern und Belgiern stünde es dann frei, ihre Truppen so zu vermindern, wie es am zweckmäßigsten erscheine. „Berliner Tag.“ meldet dem „Daily Telegraph“ aus Paris, die französische Regierung erwarte, daß eine britische Antwort auf ihre letzte Note in der Frage der Rheinlandsbefestigung erfolgen und daß ein französisch-britisches Abkommen vor der Ratstagung erzielt werden wird. Die französische Regierung habe eine Entscheidung erreicht, die das französische Besatzungsheer nicht unter 50000 Mann zurückzuführen bedeute. Der neuen Reorganisation entsprechend würden die übrigen Bestandteile des 33. Korps verschwinden, sowie die 41. Division, von der jedoch einige Einheiten in die aufrechterhaltenen vier Divisionen übernommen werden dürften.

Die Bajonettstärke soll unberührt bleiben.

London, 22. Aug. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, der britische Botschafter in Paris habe ursprünglich beim Lord Curzon angekündigt, daß das französische Rheinheer um 10000 Mann vermindert werde, während die Engländer und Belgier ihre Truppen um 3000 Mann herabsenken würden; das sei in der letzten Mitteilung der französischen Regierung wurde fargemacht, daß die französischen Militärbehörden unter keinen Umständen eine Verminderung der französischen Truppen beabsichtigen würden.

In den Händen des Henkers.

Ablehnung der Hinausschiebung der Hinrichtung.

Boston, 22. Aug. Der Oberste Richter Stone lehnte es ab, eine Verfügung über Hinausschiebung des Hinrichtungsstermins zu erlassen. Der Anwalt Sacco und Banzetti teilte mit, daß der Präsident des Obersten Bundesgerichtes, Taft, der sich in Kanada aufhält, es abgelehnt hat, das den Aufschub der Hinrichtung beantragende Gesuch entgegenzunehmen, da, wie er erklärte, diese Angelegenheit außerhalb des Rahmens seiner Jurisdiktion liege.

Der Richter sitzt vom Staatsgerichtshof des Staates Massachusetts hat gleichfalls die Verschiebung der Hinrichtung Saccos und Banzettis verweigert.

Alles ist zur Hinrichtung bereit.

Boston, 22. August. Der Gefängnisdirektor erklärte, daß alles für die Hinrichtung Saccos und Banzettis bereit sei. Der Staatsrichter ist heute früh hier eingetroffen und hat die elektrischen Vorrichtungen einer Prüfung unterzogen. Die Gerichtszuge sind dahin benachrichtigt worden, daß die Hinrichtung des ersten Verurteilten drei Minuten nach Mitternacht vor sich gehen werde.

Boston, 22. Aug. Sacco und Banzetti haben einen religiösen Zusage abgewiesen. Außer den Beamten und Wachen werden als einzige Zeugen der Hinrichtung ein Vertreter der Associated Press und der Agentur Reuters beizubehalten. Der elektrische Hinrichtungsstuhl ist vorbereitet. Die Hinrichtung soll um Mitternacht nach amerikanischer Zeit beginnen und gegen 0,30 Uhr beendet sein.

Sicherheitsmaßnahmen in Boston.

Boston, 22. August. Heute früh 6 Uhr wurde hier der Generalstreik verhängt. Wie vor 12 Tagen sind auch heute die Straßen in der Nähe des Gefängnisses, in dem sich Sacco und Banzetti befinden, für den Verkehr gesperrt. Das Gebäude selbst wird sehr bewacht. Maschinengehebe wurden in Stellung gebracht. Die etwas weiter entfernt liegenden Häuserviertel sind für alle Personen, die sich nicht im Besitz eines Ausweises befinden, gesperrt.

Die Presseagitation.

New York, 22. August. Die gesamte amerikanische Presse befaßt sich mit dem Schicksal Saccos und Banzettis und bringt, wie vor 14 Tagen, wieder eingehende Schilderungen einzelner und ausführender Protestaktionen. Für New York, Boston und Philadelphia sind am heutigen Montag größere Streiks im Bereich der Möglichkeit. Über ihren Umfang läßt sich jedoch noch nichts Bestimmtes sagen. Sämtliche New Yorker Blätter veröffentlichten heute vormittags unter der Überschrift: „Mitterliche Sentimentalität“ ein Gebot von Coma und Banzetti, die in der Vergangenheit der Metropolitan Opera aufgeführt haben. Der Königliche Lebensmann „New York World“ tritt in einem längeren Artikel für die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus ein. „New York Times“ bespricht die Gründe, die das Oberste Bundesgericht in Washington an einer Intervention

Siesta wird abgeschafft.

Berlin, 22. Aug. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, den Vertrag mit der Siesta-Gesellschaft, der seit 7 Jahren besteht, zum 1. Oktober 1925 kündigen. Nach der „Völkischen Zeitung“ begründet die Reichsbahnverwaltung die Maßnahme damit, daß viele Reisende, die früher zweiter Klasse gefahren sind, und die sich auch jetzt schon wieder leisten können, dritter

klasse fahren und sich einen Siesta-Sitz mit ins Ruhezug nehmen, wodurch die Eisenbahn geschädigt werde.

Noch keine Verständigung.

Paris, 22. Aug. Habas verbreitet folgende Mitteilung: Man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß die englisch-französischen Verhandlungen über die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland vor ihrem Abschluß stehen. Ohne Zweifel ist noch keine vollständige Verständigung erzielt worden, aber die wesentlichen Punkte wurden bereits geregelt. Wahrscheinlich wird es nicht lange dauern, bis auch die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten beseitigt sein werden.

Noch über Deutschlands Entwaffnung.

New York, 22. Aug. Die „World“ bringt einen längeren Artikel General Hoes, der in England und Deutschland nach wie vor Gefahren für den europäischen Frieden sieht. Hoes schreibt, Deutschland werde sich demnächst entscheiden müssen, ob es sich östlich oder westlich orientieren wolle. (Den Engländern wird es wohl nicht tun.) England und Frankreich müßten in ihrer Entente cordiale darauf achten, daß England nicht den Frieden störe und daß Deutschland den Versailler Vertrag, der trotz Varna das oberste Gesetz in Deutschlands Beziehungen zum Auslande bleiben müßte, genau befolge.

verbindet, und befürwortet gleichzeitig, den Verurteilten gegenüber Milde walten zu lassen. „New York Tribune“ empfiehlt Fuller, in die Geheimnisse des Justizministeriums in Washington Einsicht zu nehmen.

Amerikanische Proteste.

New York, 22. August. Unter den zahlreichen von der Presse veröffentlichten Protesten gegen eine Hinrichtung Saccos und Banzettis ist der bemerkenswerteste ein von 600 000 Personen aller Berufsstände aus fast allen Staaten unterschriebener Protest. Berühmte Professoren, Pädagogen, Publizisten, Sozialpolitiker und Gewerkschafter haben ihre Namen unter diesen Protest gesetzt.

Keine Affäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 22. August. Sicherem Vernehmen nach steht die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes den an sie ergangenen Aufforderungen nach Ausrichtung eines Proteststreiks zu der verlangten Hinrichtung Saccos und Banzettis ablehnend gegenüber. Auch der Vorstand des niederländischen Gewerkschaftsbundes beabsichtigt nicht, sich an einer derartigen Kundgebung zu beteiligen. Der Vorsteher erklärte in einer Unterredung: Es würde die Spitze des Wahnsinns sein, wenn die Arbeiter in Amsterdam zu Gunsten Saccos und Banzettis streiken würden. Wer das Kampfbildnis des Streiks gegen eine weitest entfernte Regierung gebrauchen will, macht sich selbst nur lächerlich.

Bombenattentat in Cordoba.

Cordoba (Argentinien), 22. August. Heute früh explodierte in der hiesigen Niederlassung der Nordwerke eine Bombe, die außerordentlichen Schaden anrichtete. Die Mauern des Gebäudes wurden durch die Gewalt der Explosion nach außen gedrückt, mehrere benachbarte Häuser teilweise zerstört. Zahlreiche Personen stürzten auf die Straße. Man bringt das Attentat in Zusammenhang mit den Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis.

Verstärkter Polizeischutz für die amerikanische Botschaft in Berlin.

Berlin, 22. August. Da für den heutigen Montag Kundgebungen gegen die Hinrichtung von Sacco und Banzetti geplant sind, hat die Berliner Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um die öffentliche Unversicherheit des amerikanischen Botschafters zu sichern. Die amerikanische Botschaft am Wilhelmplatz und das amerikanische Generalkonsulat in der Poststraße haben starke Polizeiwachen erhalten. Für Freitagmorgen ist der betreffende Teil des Wilhelmplatzes völlig gesperrt. Ein Vorbringen von etwaigen Demonstrationen über den Bannkreis, in dem sich die diplomatische und konsularische Vertretung der Vereinigten Staaten befindet, will die Polizei mit allen Mitteln verhindern.

Kommunistische Kundgebung.

Berlin, 22. Aug. Die kommunistische Partei mit einer Anzahl ihr nahestehender Organisationen veranstaltete heute abend auf verschiedenen Plätzen Berlins gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis, im Silben der Stadt kam es dabei zu einem Zusammenstoß zwischen einem Demonstrationszug und dem begleitenden Polizeikommando. Als ein Demonstrant wegen beleidigender Zureden von einem Polizisten zurückgewiesen wurde, gingen die Teilnehmer tätlich gegen die Polizei vor, die mit dem kommunistischen Plakat wiederbestellte. Im übrigen verliefen die Demonstrationen ohne Zwischenfälle.

Zwangsstellung von 435 Nationalsozialisten.

Berlin, 22. Aug. Ein Sonderzug der Teilnehmer an der Nürnberger Bundestagung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei von Nürn-

berg nach Berlin brachte, wurde heute morgen auf der Station Teltow kontrolliert. Dabei wurden im Zug gefunden: Zwei Dolche, ein feststehendes Messer, ein Taschenmesser, ein Schlagring, ein Stahlknüttel, ein Spaten, ein Beil und eine Karabinenpistole. Die Fahrgäste des Zuges, sämtlich Nationalsozialisten, wurden abgesehen und zur Untersuchung auf Waffen in den mitgeführten Tornistern und auf Papieren, die auf Berlin der oben genannten Partei hindeuteten, dem Polizeipräsidium vorgeführt. Es handelt sich insgesamt um 435 Personen, von denen die Mitglieder nicht-berliner Ortsgruppen wieder entlassen wurden. Die Durchsicht nach Waffen und Papieren und die Vernehmung sind noch im Gange.

Die Verhältnisse im Saargebiet.

Genf, 22. August. Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Völkerverbund den zweiten Vierteljahrsbericht für 1927 überreicht. In dem Bericht wird zunächst auf die bekannten militärischen Umwandlungen im Saargebiet eingegangen. Gegenwärtig verfolge die Kommission einen Plan, einen Vorschlag von insgesamt 800 Mann und über eine Regimentskommission, deren Bestand 100 Mann nicht übersteige. In dem Bericht heißt es dann weiter, was die wirtschaftliche und soziale Lage anlangt, habe die Kommission sich damit befaßt, die Verlängerung des deutsch-französischen Abkommens über die Handelsbeziehungen mit dem Saarbezirk zu erreichen. Die Kommission habe ferner bei der deutschen und der französischen Regierung angeregt, die Interessen des Saargebietes bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu berücksichtigen. Die finanzielle Lage ergebe für 1927 an Gehaltsausgaben 403 232 037 Franken gegenüber Ausgaben von 403 034 456 Franken, es ergebe sich also ein Ueberschuß von 197 581 Franken. Der Arbeitsmarkt habe sich im zweiten Vierteljahr 1927 gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen habe anfangs April 1928, Ende Juni 2000 betragen. Der Bericht enthält dann noch sehr eingehende Einzelheiten über die allgemeine Reorganisation des öffentlichen Unterrichts.

Die Wirren in China.

Paris, 22. Aug. Die Agentur Indo Pacific meldet aus Shanghai: Etwa 4000 aus Hankow kommende Soldaten, die auf Hankow vorrücken sollten, seien an der Stelle, wo die Eisenbahn unterbrochen sei, aufgehalten worden. Trotz der direkten Rückgabe der Tragflächen des englischen Flugzeuges bewachten die englischen Truppen noch immer die Eisenbahnstrecke. Alle in Hankow verfügbaren Truppen seien in Schutzwartung zusammengezogen worden, um zu verhindern, daß vor der möglichen Wiedervereinigung der einzelnen Verbände der Ausbruch von Kämpfen und Haus zu Haus in die Provinz Kwangtung unternommen werde.

Deutsches Reich.

Inspektionsreise des preussischen Justizministers in Schlesien.

Berlin, 22. Aug. Der preussische Justizminister Schmidt hat sich in Begleitung der Leiter der Personal- und der Vollzugsabteilung nach Schlesien begeben und wird in Breslau, Oppeln und Bautzen Strafanstalten besichtigen.

Keine litauische Protestnote an die deutsche Regierung.

Berlin, 22. August. Zu einer Meldung, wonach die litauische Regierung an die Reichsregierung eine Protestnote wegen der Verurteilung Saccos und Banzettis in der deutschen Presse gerichtet hat, wird mitgeteilt, daß eine solche Note weder beim Auswärtigen Amt noch bei der deutschen Gesandtschaft in Litauen eingegangen ist.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Konferenz der interparlamentarischen Union.

Paris, 22. Aug. Die Vorbereitungen zu den Arbeiten der 24. Konferenz der interparlamentarischen Union wurden heute nachmittags in den Kommissionen begonnen, und zwar sind die Kommission für das Studium der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und die Kommission für die Beziehungen der Minderheiten zusammengetreten. Die folgenden beiden Tage werden ebenfalls durch Ausschüsse auszufüllen sein, und am 25. August wird der Präsident des französischen Senats, Doumer, den Kongress selbst eröffnen.

Französische Matrosen fingen die Internationale.

Paris, 22. August. In London wurden gestern abend sechs Matrosen und ein Soldat verhaftet, weil sie auf einem Platz inmitten der Stadt die Internationale anstimmten und einen Offizier beleidigten und bedrohten.

Zeitungsverbote in Syrien.

Jerusalem, 22. August. Aus Beirut wird gemeldet, daß die französische Regierung nach dem Verbot einer arabischen Tageszeitung und einer illustrierten Wochenzeitschrift für vier Monate zwei arabische Blätter für zwei Wochen, ein weiteres für unbestimmte Zeit und eine französische Tageszeitung für einen Monat verboten habe. Ein Grund für diese Maßnahmen wird nicht angegeben.

Abstürze in den Alpen.

Annaberg, 22. Aug. Wie die „Annaburger Nachrichten“ aus Maribor berichten, ist am 18. August eine unbekannte Dame aus Dresden bei der Besichtigung des Wasserfalls im Stillegrund ungefähr 80 Meter tief abgestürzt und schwer verletzt worden. In den Dolomiten ist ein Tourist in den Segner Dolomiten tödlich abgestürzt.

In dem italienischen Gebiet befindlichen Teil der Dolomiten führte der Senaer Philosophiprofessor Heinrich Wandt in einer Gletscherpalste. Zwei schiffähnliche Witzsofobaten gelang es, ihn unterlegt zu bergen.

Im Gaisbergtal führten die beiden Kinder einer hier in der Sommerfrische wohnenden Familie beim Edelweißpflücken ab und wurden schwer verletzt.

An der Ostwand des Schaffners im Kaisergebirge ist ein Beamter der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, August Marx, tödlich abgestürzt.

Untergang eines schwedischen Dampfers.

Stettin, 22. Aug. Ostlich von Deland traf der Stettiner Dampfer „Werner Kunzmann“ am 20. d. M. vormittags ein kleines treibendes Rettungsboot, mehrere Rettungsringe, Lebensboje und andere Schiffsutensilien an, so daß die Vermutung nahe liegt, daß ein Schiff an dieser Stelle untergegangen ist. Der Dampfer setzte nach fünf Stunden erfolglos nach Suchen an der Unfallstelle seine Reise nach Stettin fort. Nach geborgenen Rettungsringen ist zu vermuten, daß es sich um den 2000 Tonnen großen schwedischen Dampfer „Welle“ handelt.